



Sozialforum Dortmund
c/o Akoplan e.V.
Huckarder Str. 10-12
44147 Dortmund

Dortmund, 20.11.2017

An den

Ministerpräsidenten des Landes NRW
Herrn Armin Laschet

Staatskanzlei NRW
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

Betr.: Offener Brief zum Thema „Sozialticket“

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die neue Landesregierung hatte lange geschwiegen und eine Auskunft über ihre Absichten verweigert. Jetzt ist die berühmte Katze aus dem Sack: Laut Haushaltsplanentwurf soll die Landesförderung für Sozialtickets im kommenden Jahr um 5 Mio. € zurückgefahren werden, auf dann 35 Mio. €, und im Folgejahr sollen sogar nur noch 20 Mio. € zur Verfügung gestellt werden.

Die Kürzungen sind aus unserer Sicht unverantwortlich und ein Schlag ins Gesicht der rund 300.000 Bürger/-innen NRWs, die derzeit die vergünstigten Tickets nutzen. Es gibt wohl kaum eine andere Haushaltsposition dieser Größenordnung im Landeshaushalt, die für so viele Menschen einen unmittelbar entlastenden Effekt hat. Die Sozialtickets ermöglichten es diesen Menschen bisher, in ihrer Stadt bzw. ihrem Kreis Busse und Bahnen zu nutzen, was sie sich sonst aufgrund ihrer knappen Finanzen nicht leisten könnten.

Machen wir uns nichts vor: Die Kürzung des Förderansatzes wird sofort auf die Abgabepreise durchschlagen. Denn weder die Kommunen noch die Verkehrsbetriebe bzw. Verbände wären bereit und in der Lage, die Mindereinnahmen auszugleichen. Eine Umwälzung auf andere Fahrgastgruppen wäre ebenfalls unredlich. Der Verkehrsverbund VRR beispielsweise hat von Anfang an klargestellt, dass eine Mehrbelastung der angeschlossenen Gemeinden, der Verkehrsbetriebe oder anderer Kunden zugunsten der Sozialticket-Finanzierung für ihn nicht infrage kommt.

Bleibe für die Unternehmen nur der Weg einer (weiteren) Fahrpreiserhöhung für die Sozialticket-Kunden. Diese Rechnung geht jedoch nicht auf, denn schon jetzt bewegen sich die Abgabepreise der Sozialtickets vielfach auf einem Niveau, das die Betroffenen sehr schmerzt und einen guten Teil der Berechtigten bereits heute von einer Nutzung abhält. Im aktuellen, von der Bundesregierung beschlossenen Regelsatz nach SGB II oder SGB XII für 2017 sind mal gerade 27,40 € im Monat für Wege mit dem ÖPNV vorgesehen. Das Sozialticket des VRR kostet hingegen - und das ist noch preiswert im Vergleich zu den entsprechenden Angeboten anderer - aktuell 37,80 € im Monat, mithin 10 Euro mehr, als im Regelsatz vorgesehen.

Jede weitere Preiserhöhung wird den Zuspruch mindern. Spätestens mit der geplanten Halbierung des Haushaltsansatzes im Jahr 2019 aber dürften die Tarifangebote für Einkommensschwache komplett vom Markt verschwinden. Diese Entwicklung wird man dann zu Recht Ihrer Regierung anlasten, denn ohne eine auskömmliche Förderung geht da einfach gar nichts.

Es gab im Landtag NRW in den letzten Jahren zwei Anhörungen, in denen der Bedarf an vergünstigten Ticketangeboten für einkommensschwache Haushalte eindrucksvoll untermauert wurde, die erste im November 2011, die zweite im Juli 2014. Seither hat die Armut in Nordrhein-Westfalen nicht abgenommen, trotz günstiger allgemeiner konjunktureller Lage. Das dürfte auch Ihnen bekannt sein. Von daher setzen Sie können wir Ihre Kürzungsabsicht nur so verstehen, dass hier auf Kosten der Armen gespart werden soll, um irgendwelche anderen Dinge zu finanzieren.

Nicht gelten lassen können wir jedenfalls die Erklärung, die Einsparung diene der Finanzierung eines neuen Azubi-Tickets. Es wäre schlicht schamlos, arme Menschen und Auszubildende gegeneinander auszuspielen.

Wir bitten Sie zusammen mit den Sozialverbänden, dem DGB und vielen anderen dringend, Ihre Pläne bezüglich der Förderung von Sozialtickets noch einmal zu überdenken. Wir brauchen eher mehr Fördermittel, und nicht weniger, um Bürgern mit geringem Einkommen ein Mindestmaß an räumlicher Mobilität und damit auch an gesellschaftlicher Teilhabe anbieten zu können.

Bleibe die neue Landesregierung bei ihrer Haltung, müsste sie sich auch den Vorwurf gefallen lassen, dass sie das Gefühl vieler Menschen, in der Politik keine Stimme zu haben und mit ihren Nöten nicht wahrgenommen zu werden, mit unsozialen Maßnahmen noch befeuert. Daran sollten Sie kein Interesse haben.

Mit freundlichen Grüßen
für das Sozialforum

Heiko Holtgrave

cc Fraktionen im Landtag NRW